

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Geschäftsjahr 1984

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M bis O, Q und S, ohne St,
3. Einkommensteuer (einschließlich Steuerabzug vom Kapitalertrag und Lohnsteuer) von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung im Sinne des § 215 AO sowie gesonderte Feststellung im Sinne des § 6 der Verordnung über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren vom 3. Januar 1944 (RGBl. I S. 11) und gesonderte Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 Nummer 2 Buchstabe a und b AO 1977, soweit es sich um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen des Außensteuergesetzes und der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen handelt und wenn die sich daraus ergebenden Fragen allein oder überwiegend zu beurteilen sind. Stehen andere Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung im Vordergrund, so ist der sonst nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Senat zuständig,
4. Gewerbesteuer in den Fällen der Nummern 1. bis 3.,
5. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer nach § 6 Abs. 2 [§ 5 Abs. 2 ab 1. Januar 1977] des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer) in den Fällen der Nummer 1,
6. Zerlegung der Körperschaftsteuer,
7. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen nach § 50a EStG,
8. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 55 Abs. 5 EStG in Verbindung mit § 179 Abs. 1 AO 1977, in den Fällen der Nummern 1., 2. und 4.
9. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 18 Außensteuergesetz.

II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrssteuern,
 - a) Gesellschaftsteuer,
 - b) Wertpapiersteuer,
 - c) Börsenumsatzsteuer,
4. Kraftfahrzeugsteuer,
5. Rennwett- und Lotteriesteuer,
6. Versicherungsteuer
7. Feuerschutzsteuer
8. Wechselsteuer,
9. Rentenbankgrundschuldensachen,
10. Ostmarkumtauschabgabe (Berlin),
11. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
12. Spielbankabgabe,
13. Vergnügungsteuer
14. Hundesteuer,
15. Kirchensteuer.

III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer,
4. Lastenausgleichsabgaben,
5. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften,

6. a) Beförderungsteuer,
b) Straßengüterverkehrsteuer,
7. Investitionszulagen,
8. Investitionshilfeabgabe; ausgenommen sind Haftungsfälle, soweit der VI. und VII. Senat zuständig sind.

IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
 - b) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A bis C und P,
3. Einheitliche Gewinnfeststellung im Sinne des § 215 AO und gesonderte Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 Nummer 2 Buchstabe a AO 1977, soweit es sich handelt um Einkünfte
 - a) aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften,
 - b) aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis J.
4. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 6 der Verordnung über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren vom 3. Januar 1944 (RGBl. I S. 11) und gesonderte Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 Nummer 2 Buchstabe b AO 1977,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu den Nummern 2. bis 4.,
6. Zerlegung der Einkommensteuer,
7. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 55 Abs. 5 EStG in Verbindung mit § 179 Abs. 1 AO 1977
 - a) in den Fällen der Nummern 1., 2., 3. und 4.,
 - b) mit Anträgen gemäß § 55 Abs. 5 EStG in anderen als den unter Buchstabe a aufgeführten Fällen, soweit nicht der I. oder der VIII. Senat zuständig ist.

V. Senat

1. Umsatzsteuer ausschließlich der Ausgleichsteuer und der Einfuhrumsatzsteuer,
2. Sonderumsatzsteuer nach dem Absicherungsgesetz,
3. Getränkesteuer.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
 - b) Zusammenveranlagung mit Kindern (insbesondere § 27 EStG 1963 und vorher)
 - c) Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32 b EStG, auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
 - d) Außergewöhnliche Belastungen} soweit nur diese Fragen streitig sind,
2. Lohnsteuer, ausgenommen Nummer 3 beim I. Senat, Nummer 24 Buchstabe k beim VII. Senat und Nummer 1 Buchstabe b beim IX. Senat,
3. Gesonderte Feststellung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
4. Zerlegung der Lohnsteuer,
5. Bergmannsprämien,
6. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
7. Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West) nach dem Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) und nach den Berlinhilfe(-förderungs)-Gesetzen,
8. Fälle der Arbeitgeberhaftung (§ 42d EStG) auf dem Gebiet der Investitionshilfeabgabe, wenn materiellrechtliche Investitionshilfeabgabefragen nicht im Streit sind.

VII. Senat

1. Zollrecht (einschließlich Zolllarif),
2. Abschöpfungsrecht (einschließlich Abschöpfungstarif),
3. Ausgleichsabgaben und Ausgleichsbeträge,
4. a) Ausgleichsteuer
b) Einfuhrumsatzsteuer und Vergütung nach dem Absicherungsgesetz,
5. Ausfuhrabgaben und Ausfuhrerstattungen,
6. Produktionserstattungen, Abgaben im Rahmen von Produktionsregelungen, Einfuhrsubventionen zu Zwecken des Preisausgleichs sowie Erzeuger- und Käuferprämien (§ 29 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktororganisationen),
7. Biersteuer,
8. Branntweinsteuer,
9. Branntweinausgleichsabgabe,
10. Essigsäuresteuer,
11. Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
12. Kaffeesteuer,
13. Leuchtmittelsteuer,
14. Mineralölsteuer,
15. Salzsteuer,
16. Schaumweinsteuer,
17. Spielkartensteuer,
18. Tabaksteuer,
19. Teesteuer,
20. Zuckersteuer,
21. Zündwarensteuer,
22. Branntweinmonopol,
23. Zündwarenmonopol,
24. Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung und Steuerberatungsgesetz bei Streitigkeiten wegen
 - a) öffentlich-rechtlicher und berufsrechtlicher Angelegenheiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nummer 3 FGO),
 - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die Aufrechnung betrifft (§ 226 AO 1977, § 124 AO),
 - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO) und Verwaltungsakte nach § 218 Abs. 2 AO 1977, wenn die Steuerfestsetzungen nicht bestritten sind,
 - d) Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln und Verwaltungsakten, die nach § 328 AO 1977, § 202 AO erzwingbar sind,
 - e) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen, Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen Arrestanordnung und Arrestvollzug,
 - f) Steuergeheimnis, wenn nur Fragen des Steuergeheimnisses umstritten sind,
 - g) Kosten, ausgenommen Streitigkeiten allein über den Streitwert,
 - aa) auf Grund von Kostenansätzen und Kostenfestsetzungen durch die Kosten- und Urkundsbeamten bei den Finanzgerichten und beim Bundesfinanzhof, ausgenommen Streitigkeiten über die Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung,
 - bb) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die Finanzbehörden (§§ 256, 257 AO),
 - cc) im Rahmen von Kostenfestsetzungsverfahren, die landesrechtlich geregelt sind, soweit der Finanzrechtsweg für die Hauptsache eröffnet ist,
 - h) einstweiliger Anordnung, wenn kein Zusammenhang mit einer Steuer oder einem steuerrechtlichen Feststellungsverfahren besteht,
 - i) Entbindung vom Amt als ehrenamtlicher Richter,
 - k) AO-Haftungsfälle aus der Lohnsteuer, wenn die Lohnsteuer selbst nicht im Streit ist,-
 - l) AO-Haftungsfälle aus der Investitionshilfeabgabe, wenn materiell-rechtliche Investitionshilfeabgabefragen nicht im Streit sind,

25. Streitigkeiten, die im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelt sind.

VIII. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben D bis L und R,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - c) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns (§ 10a EStG),
 - d) Verlustabzug (§ 10d EStG),
2. Gesonderte Feststellung der Einkünfte
 - a) aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben K-Z,
 - b) aus Kapitalvermögen,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Nummer 1 Buchstabe a) und Nummer 2 Buchstabe a),
4. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist; Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen,
5. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 55 Abs. 5 EStG in Verbindung mit § 179 Abs. 1 AO 1977 in den Fällen der Nummer 1 Buchstabe a.

IX. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben St und T-Z,
 - b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (auch im Lohnsteuerermäßigungsverfahren, sofern in diesem Verfahren diese Einkünfte der Höhe nach streitig sind),
 - c) sonstige Einkünfte,
 - d) Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10b, 10c EStG,
2. Gesonderte Feststellung der
 - a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
 - b) sonstige Einkünfte,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Nummer 1. Buchst. a),
4. Wohnungsbauprämien,
5. Sparprämien.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 in Verbindung mit § 184 Abs. 2 Nummer 5 FGO.

Anmerkungen

I. Übergreifende Zuständigkeiten

1. Ist eine Entscheidung zu mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen angefochten, welche nach den vorstehenden Regeln in die Zuständigkeit mehrerer Senate fallen, ist zunächst der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuer mit dem höchsten Streitwert fällt. Sind Schätzungen der Umsätze und der Einkünfte zugleich angegriffen, tritt an Stelle des V. Senats zunächst der I., IV., VIII. oder IX. Senat.
2. Der gemäß Nummer 1 zuständige Senat ist allgemein zuständig für diejenigen Entscheidungen und Verfahrensmaßnahmen, welche aus prozeßrechtlichen Gründen nur einheitlich ergehen können, insbesondere für
 - a) die Verwerfung des Rechtsmittels als unzulässig,
 - b) die Zwischenentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels,
 - c) die Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Rechtsmittelfrist oder der Revisionsbegründungsfrist,
 - d) für aufhebende Urteile gemäß § 119 FGO, sofern die Rüge das Urteil im ganzen erfaßt,
 - e) die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage, sofern diese einheitlich erhoben war, sowie im Falle des Artikels 3 § 1 des Gesetzes zur Entlastung der Gerichte in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit,
 - f) die Entscheidung über den Antrag auf Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist.

3. Bei der Zuständigkeit gemäß Nummer 1 verbleibt es, wenn zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen nur solche Rechtsfragen streitig sind, die einheitlich entschieden werden müssen, oder im Falle der Nummer 1 Satz 2 außer der Schätzung keine andere umsatzsteuerliche Rechtsfrage streitig ist, oder zu der nicht in der allgemeinen Zuständigkeit des gemäß Nummer 1 zuständigen Senats liegenden Steuer nur unzulässige Verfahrensrügen erhoben worden sind.
4. Ist der Rechtsstreit nicht auf Grund einer Entscheidung gemäß der Nummer 2 abgeschlossen und sind die Voraussetzungen übergreifender Zuständigkeit gemäß der Nummer 3 nicht erfüllt, wird durch die Trennung der Verfahren jeweils die Zuständigkeit des nach den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständigen Senats begründet und entfällt die Zuständigkeit gemäß den Nummern 1 und 2.
5. Für Anträge auf Prozeßkostenhilfe zur künftigen Einlegung eines Rechtsmittels oder vor Begründung der Revision verbleibt es bei der Regelung der Nummer 1. Die Regelung der Nummer 4 greift erst ein, wenn nach Antragstellung die Revision zulässig eingelegt und begründet oder die Beschwerde zulässig eingelegt worden ist und die Verfahren zur Hauptsache getrennt worden sind.
6. Sind mehrere Entscheidungen angefochten, sind aber zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen nur materielle Rechtsfragen streitig, über die bei Zulässigkeit des Rechtsmittels einheitlich entschieden werden muß, ist der in Nummer 1 Satz 1 bezeichnete Senat zuständig. Der gemäß Nummer 1 Satz 2 in Verbindung mit den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständige Senat ist auch für die Umsatzsteuer zuständig, wenn dem einen angefochtenen Urteil eine Schätzung der Einkünfte, dem anderen eine Schätzung der Umsätze zugrunde liegt, mit beiden Rechtsmitteln die Schätzungen angegriffen wurden, und über keine andere umsatzsteuerrechtliche Frage zu entscheiden ist.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV., VI., VIII. und IX. Senat

1. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des gewerblichen Gewinns betrifft, ist der I., IV., VIII. oder IX. Senat zuständig.
2. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne den Streitpunkt nach vorstehender Nummer 1, von denen einer die Höhe des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft oder aus selbständiger Arbeit betrifft, ist der IV. Senat zuständig.
3. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach vorstehenden Nummern 1 und 2, von denen einer die Einkünfte aus Kapitalvermögen, die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns oder den Verlustabzug betrifft, ist der VIII. Senat zuständig.
4. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach vorstehenden Nummern 1. bis 3., von denen einer die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die sonstigen Einkünfte oder die Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10b, 10c EStG betrifft, ist der IX. Senat zuständig.
5. Ist die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz. Hat diese über die Art der Einkünfte nicht entschieden, so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung der Behörde.
6. Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., IV., VI., VIII. oder IX. Senat noch nach vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden Einkünfte fallen.
7. Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheitlichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
 - a) Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,

- b) in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
8. Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist oder einen Steuererstattungsanspruch abgetreten hat, nach dessen Familiennamen und dessen Verhältnissen (vgl. Nummer 6).
9. In Haftungsfällen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Steuerschuldners, in dessen Person die Steueransprüche entstanden sind, ausgenommen Nummer 24 Buchstabe k beim VII. Senat.
10. Hat eine Streitsache die Aussetzung der Vollziehung eines Einkommensteuerbescheides zum Gegenstand, dem ein negativer Gewinnfeststellungsbescheid zugrunde liegt, so ist, sofern die Aussetzung der Vollziehung mit der Begründung begehrt wird, das Finanzamt habe zu Unrecht den Erlaß eines positiven Gewinnfeststellungsbescheides abgelehnt – vorbehaltlich der rechtlichen Zulässigkeit einer solchen Vollziehungsaussetzung –, der Senat zuständig, der über die Anfechtung des negativen Gewinnfeststellungsbescheids zu entscheiden hätte.

III. Reichsabgabenordnung (AO), Abgabenordnung 1977 (AO 1977) und Finanzgerichtsordnung (FGO)

1. Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichsabgabenordnung (AO), der Abgabenordnung (AO 1977) und der Finanzgerichtsordnung (FGO), soweit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Nummer 24 des Aufgabengebiets des VII. Senats) gegeben ist. Das gilt auch hinsichtlich solcher Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsstrafen gegen nicht erschienene Zeugen).
2. Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig
 - a) über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO) der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I. 1., 2.),
 - b) soweit ausschließlich über Fragen der Reichsabgabenordnung, der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung zu befinden ist, über die einheitlich entschieden werden muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelverzicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I. 1.).
3. Die Säumniszuschläge werden – wie bisher – von den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern zuständig sind.
4. Streitigkeiten über die Anordnung einer
 - a) überwiegend Veranlagungssteuern umfassenden Betriebsprüfung (§§ 162, 193 AO) bzw. Außenprüfung (§§ 193 ff. AO 1977) entscheidet der zuständige Ertragsteuersenat,
 - b) eine einzelne Steuerart betreffende Prüfung (z. B. USt-Sonderprüfung) der für die jeweilige Steuerart zuständige Fachsenat.

IV. Anwendung des Geschäftsverteilungsplans

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Senaten über Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

V. Übergangsregelung

Anhängige Streitsachen gehen von dem bisher zuständigen auf den neu zuständigen Senat in der Verfahrenslage über, in der sie sich befinden.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Meßmer

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Pfeiffer

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Groh

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Woerner und Pfeiffer

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Geist und Dr. Widmann

II. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Rid

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Günther

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Heise

Richter am Bundesfinanzhof Loose

Richter am Bundesfinanzhof Padberg

Richter am Bundesfinanzhof Hellwig

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Günther, Heise, Loose und Hellwig

Richter am Bundesfinanzhof Wachweger

für die Richter am Bundesfinanzhof
Heise und Padberg

III. Senat

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. Klein

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Hauter

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ebling

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler

Richter am Bundesfinanzhof Mark

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Andersen

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Ebling und Mark

Richter am Bundesfinanzhof Hellwig

für die Richter am Bundesfinanzhof
Hauter und Dr. Keßler

IV. Senat

Vorsitzender:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Nissen

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Schmidt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Jansen

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Leingärtner und Prof. Dr. Schmidt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Schwendy, Dr. Groh und Dr. Jansen

V. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sigloch

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weiß

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Prugger

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Löwe

Richter am Bundesfinanzhof Wachweger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Padberg

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Prugger, Dr. Hofmann und Prof. Dr. Löwe

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Weiß und Wachweger

VI. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grimm

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. von Bornhaupt

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeliger

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Scholtz

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Offerhaus und Dr. Seeliger

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Jansen

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. von Bornhaupt und Dr. Sunder-Plassmann

VII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Morbach

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Beermann

Richter am Bundesfinanzhof Hellwig

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Dänzer-Vanotti und Dr. Beermann

Richter am Bundesfinanzhof Mark

für die Richter am Bundesfinanzhof
Morbach und Hellwig

VIII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Dr. h. c. Döllerer

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Erdweg

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Söffing

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Scholtz

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeliger

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Söffing und Mathiak

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ebling

für die Richter am Bundesfinanzhof
Erdweg und Dr. Scholtz

IX. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Dr. h. c. Döllerer

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Schellenberger

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wollny

Richter am Bundesfinanzhof Andersen

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Söffing

für die Richter am Bundesfinanzhof
Schellenberger und Dr. Herrmann

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Wollny und Andersen

**Großer Senat
(1984/1985)**

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Klein

Vertreter:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Nissen

Bestellte Mitglieder und bestellte Vertreter:

1. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Dr. h. c. Döllerer

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner

2. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler

3. Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann

4. Richter am Bundesfinanzhof Erdweg

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Söffing

5. Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Loose

6. Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist

Fallen ein Mitglied und sein Vertreter aus, so treten an deren Stelle die nächstfolgenden Vertreter, an die Stelle des Vertreters Nummer 6 der Vertreter Nummer 1.

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§ 21 g Abs. 2 GVG).

2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Vorsitzenden des Senats ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter und ist dadurch der Senat unterbesetzt, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.

3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Ein regelmäßiger Vertreter ist auch dann verhindert, wenn er von dem Senat, in dem er Mitglied ist, gleichzeitig zu einer Sitzung außerhalb des regelmäßigen Sitzungstages beansprucht wird. Im Falle der Verhinderung beider regelmäßiger Vertreter bestimmt der Präsident des Bundesfinanzhofs den dienstjüngsten verfügbaren Richter zum Vertreter.

4. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Senats und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.

**C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
(1983/1984)**

I. Mitglieder kraft Gesetzes

1. der Präsident des Bundesfinanzhofs

2. die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung

I. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner

Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist

II. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Heise

Richter am Bundesfinanzhof Loose

III. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Hauter, Dr. Ebling

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler, Mark

IV. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy

V. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weiß

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Löwe

mit Wirkung von dem Zeitpunkt ab, zu dem Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Löwe in den Ruhestand versetzt wird:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann

VI. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. von Bornhaupt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus

VII. Senat: (ab 1. 1. 1984)

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti

Richter am Bundesfinanzhof Morbach

VIII. Senat: (ab 1. 1. 1984)

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Scholtz

IX. Senat: (ab 1. 1. 84)

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wollny

Richter am Bundesfinanzhof Andersen

Großer Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse

Richter am Bundesfinanzhof Erdweg

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters (nächstälteste) in den Gemeinsamen Senat ein.

D. Auflegung des Geschäftsverteilungsplans

Der Geschäftsverteilungsplan liegt in der Präsidialgeschäftsstelle des Bundesfinanzhofs zur Einsichtnahme aus.